

Beginn: 10:02

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, ich heiße Sie recht herzlich willkommen zu unserer heutigen, 62. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **17 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Heute feiern wieder drei Mitglieder dieses Hauses **Geburtstag**: Herr Oskar Burkert wird 56 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Oskar!

(Allgemeiner Beifall)

Theo Kruse wird heute 59 Jahre alt. Auch ihm herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Lutz Lienenkämper hat heute seinen 38. Geburtstag. Ihm ebenfalls herzliche Glückwünsche!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde Ausbau der Kinderbetreuung sichern – Rechtsanspruch jetzt verbindlich einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4377

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 21. Mai gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuelle Stunde zum Thema Kinderbetreuung, ein wichtiges Thema, das seit Wochen, seit Monaten im öffentlichen Fokus steht. Die Probleme liegen auf der Hand: Wir haben zu wenige Kinder in unserem Land. Unsere Geburtenrate ist auch im Vergleich zu anderen europäischen Staaten schlecht. Dies hat fatale Auswirkungen auf die Sozialsysteme. Es birgt auch nicht unerhebliche Gefahren für den

Arbeitsmarkt, und zwar für den heutigen und noch mehr für den zukünftigen Arbeitsmarkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Politik hat jetzt die Aufgabe, die richtigen Anreize zu setzen. Im Hinblick auf die Entscheidungen der zukünftigen Eltern geht es dabei nicht darum, zu bevormunden, sondern es geht darum, eine Wahlfreiheit sicherzustellen. Das ist der entscheidende Schritt. Erst dann, wenn Betreuungsstrukturen in ausreichender Zahl und in ausreichender Qualität vorhanden sind, erst dann gibt es eine wirkliche Wahlfreiheit für Eltern, wie sie die Betreuung organisieren wollen, ob sie Familie und Beruf verbinden wollen. Das sind die Fragen, die sie erst dann wirklich frei entscheiden können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die SPD fährt hier einen klaren Kurs. Für uns ist wichtig: Schluss mit den Tippelschritten! Siebenmeilenstiefel müssen angezogen werden!

Wir haben einen Beschluss zum Elterngeld gefasst. Wir haben als SPD in unseren Bremer Beschlüssen im Januar sehr deutlich dargestellt: Die Finanzierung von Betreuungsangeboten, die Infrastruktur muss Vorrang haben und hat Vorrang vor direkten Finanztransfers.

(Beifall von der SPD)

Wichtig für uns als SPD ist: Wir wollen einen Rechtsanspruch. Wir haben das in Bremen schon formuliert. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab eins, das heißt, nach dem ersten Geburtstag.

Ganz eindeutig ist auch – hier sind wir ebenso klar positioniert –: Wir wollen Beitragsfreiheit. Wir wissen, dass das schrittweise realisierbar ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Schrittweise, Herr Lindner. Sie wollen es doch auch, haben Sie irgendwann einmal erzählt. Wir wollen Beitragsfreiheit. Das, was Rheinland-Pfalz gestern beschlossen hat, nämlich Beitragsfreiheit bis zum Jahre 2010, ist die richtige Entscheidung. Andere Bundesländer werden dieser folgen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben als SPD in der Großen Koalition zwei wesentliche Punkte durchgesetzt; darauf sind wir stolz.

Erstens: Es wird den Rechtsanspruch geben – anders als wir es gewollt haben, nicht schon 2010, sondern erst 2013. Mehr war mit der CDU/CSU nicht herauszuholen.

Der zweite Punkt: Der Bund wird sich am Aufbau der Infrastruktur beteiligen, und zwar nicht nur am Aufbau von Gebäuden und Einrichtungen, sondern auch beim Betrieb der Einrichtungen. Wir wissen, die Kommunen können das nicht leisten und schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen, wo ihnen diese Landesregierung die Finanzmittel dauernd zusammenkürzt. Das ist nicht machbar.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Drittel ist im Moment die Quote, die aus den Koalitionsgesprächen herausgekommen ist. Ich sage deutlich: Das ist uns zu wenig. Ich hoffe darauf, dass sich der Bund noch mehr beteiligen kann.

Klar ist für uns: Dies ist ausdrücklich keine Diskriminierung von Frauen und Familien, die sich entscheiden, ihre kleinen Kinder zu Hause zu betreuen. Es ist ganz im Gegenteil der Wegfall der bestehenden Diskriminierung für die, die sich entscheiden, Familie und Beruf zu verbinden. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD)

Der Ministerpräsident unseres Landes koppelt NRW vom familienpolitischen Zug in Deutschland ab.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

– Ja! – Tage vor der Entscheidung kann ich einem Beitrag im „Focus“ vom 14. Mai 2007 entnehmen – es geht um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, Zieldatum 2013, ich zitiere –: „Das wird nichts, das wäre auch falsch“, erklärt Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers.

Herr Laschet, Sie haben sich mehrfach ähnlich geäußert. Hier wird klar, wo die nordrhein-westfälische CDU steht. Ich hoffe, dass Sie umkehren, und ich hoffe, dass Sie auf den richtigen Weg kommen.

(Beifall von der SPD)

Ich hoffe heute auch auf die Klärung der Frage, ob Sie wie der Kollege Stoiber in Bayern das Betreuungsgeld wollen. Das ist eine Frage, bei der es darum geht, was eigentlich die Rolle des Staates ist. Darauf kommen wir in den Diskussionen hier immer wieder zurück. Wir, die SPD, wollen einen vorsorgenden Sozialstaat. Wir wollen allen Kindern alle Chancen geben – und das gesetzlich verankert, Herr Laschet, nicht nur in warmen Worten. Das Betreuungsgeld ist der falsche Weg.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns das einmal aus Sicht der Kinder an. Es geht doch um die Kinder. Sehen wir einmal genau hin. Kinder aus Migrantenfamilien – und nicht nur die, wie wir wissen – brauchen Chancen auf frühzeitige Sprachkontakte. Ein Betreuungsgeld quasi als Prämie dafür, dass die Kinder zu Hause bleiben, und das Zahlen von Gebühren, wenn man sie hinschickt – das hat eine zweifach fatale Wirkung. Das ist integrationspolitisch falsch, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD)

Oder schauen wir uns die Kinder aus sozial schwachen Familien an. Sie brauchen häufig frühzeitig mehr Anreize – auch das wissen wir –, damit sie später ihre Chancen wahrnehmen und Bildung überhaupt noch aufnehmen können. Auch hier ist die Prämie, diesmal aus sozialpolitischer Sicht, falsch. Es kommt hinzu – das wissen wir doch –, dass das Geld – also Transferleistungen oder direkte Zahlungen – häufig gar nicht bei den Kindern ankommt.

Sie dienen nicht dem Wohl der Kinder. Kehren Sie um! Rücken Sie ab vom Betreuungsgeld. Das ist sozialpolitisch der falsche Ansatz.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das möchte ich deutlich sagen: Es ist auch frauenpolitisch falsch, denn nur eine echte und ehrlich gemeinte Wahlfreiheit ist die Voraussetzung für eine wirkliche Gleichberechtigung.

Zum Schluss: Für uns Sozialdemokraten ist auch das völlig eindeutig: Ein finanzieller Ausgleich, eine Prämie, wie sie jetzt angedacht ist – das ist die nächste Kopfpauschale, die uns ins Haus steht –, ist sozial nicht gerecht. Es kann nicht sein, dass die Millionärsgattin den gleichen Betrag bekommt wie die Kassiererin bei Aldi. Das widerspricht sozialer Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Letzter Satz. Für uns ist völlig klar – ich bin gespannt auf Ihre Positionierung –: Ein solches Betreuungsgeld ist nicht vereinbart worden. Es ist ein Prüfauftrag vereinbart worden. Mit der SPD wird es ein solches Betreuungsgeld nicht geben. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU spricht jetzt Herr Jarzombek.

Thomas Jarzombek¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kraft, es ist mir eine besondere Freude, dass gerade Sie heute das Thema der Kinderbetreuung in unserem Land auf die Tagesordnung haben setzen lassen.

(Ralf Jäger [SPD]: Wer denn sonst? – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Ihre Aufregung zeigt, wie sensibel Sie an dieser Stelle sind. Sie haben nämlich gerade den Eindruck erweckt, dass wir diese Politik 39 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen betrieben haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo leben Sie denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Ihre Reflexe sind simpel und vorhersehbar. So ist das hier. Sie hatten 39 Jahre lang Zeit, etwas zu tun. Ich sage Ihnen, Sie haben zwei ...

(Unruhe – Glocke)

– Also, die argumentative Auseinandersetzung ist nicht Ihre Stärke, wie ich heute Morgen feststelle.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben noch kein Argument gebracht! Kommen Sie zum Thema!)

Meine Damen und Herren, Sie haben in dieser Zeit zwei Dinge erreicht. Sie haben zum einen erreicht, dass wir mit der Betreuungsquote von 2,8 %, die Sie uns vor zwei Jahren hinterlassen haben, am unteren Ende der Rangliste in der Bundesrepublik lagen.

(Beifall von der CDU)

Damit haben Sie die Mütter in diesem Lande im Stich gelassen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist totaler Unfug!)

Sie haben noch etwas erreicht, nämlich dass den Kindern in den Kindergärten keine Bildung vermittelt wurde.

(Beifall von der CDU)

Sie haben auch die Kinder im Stich gelassen, denn das, was in den Kindertagesstätten in diesem Land bisher gelaufen ist, beruhte auf dem Engagement einzelner Erzieherinnen.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wirklich Ihr Ernst!)

Aber eine Bildungskonzeption, so etwas, wie es in unserem neuen Kinderbildungsgesetz steht, haben Sie nicht entworfen. Sie haben die Kinder im

Stich gelassen. Zwei Punkte also: eine Betreuungsquote von 2,8 % und die Tatsache, dass Sie die Kinder im Stich gelassen haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das schreckt die Menschen ja ab!)

Frau Kraft, dass Sie das bis heute nicht verstanden haben, zeigen der Antrag und Ihre Begründung für diese Aktuelle Stunde. Im Titel Ihres Antrags sprechen Sie nämlich erneut alleine von der Kinderbetreuung, nicht aber von der Kinderbildung. Das heißt, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, dass es an dieser Stelle auch auf die Qualität und auf die Inhalte ankommt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie offerieren uns hier heute eine Debatte, bei der ich mich frage, was sie eigentlich im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu suchen hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich habe versucht, das zu verstehen. Ich sage Ihnen das Ergebnis: Die SPD scheint mit ihrer eigenen Bundestagsfraktion unzufrieden zu sein. Ich lese Ihnen einfach etwas aus Ihrer Begründung für diese Aktuelle Stunde vor:

„Der ... Versuch des bayrischen Ministerpräsidenten, ... den Rechtsanspruch und das Betreuungsgeld miteinander zu verknüpfen, schadet dem Ausbau der Kinderbetreuung ...“

Am Ende schreiben Sie Folgendes:

„Vor diesem Hintergrund ist die ... Landesregierung aufgefordert, sich hinter den Koalitionsbeschluss der Bundesregierung zu stellen und diese bei der Umsetzung ... zu unterstützen.“

Das machen wir gerne. Ich lese Ihnen einmal aus dem Berliner Koalitionsbeschluss vor – Zitat –:

Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung eingeführt werden.

(Beifall von der CDU)

So lautet der Text, da ist keine Prüfung erwähnt. Was genau wollen Sie eigentlich heute von uns? Wollen Sie, dass wir Ihre SPD-Bundestagsfraktion kritisieren oder maßregeln? Wenn Sie das wollen, können wir das gerne tun. Das wird aber an dieser Stelle nicht viel helfen. Frau Kraft, mit dem, was Sie hier veranstalten, werden Sie den gleichen Erfolg erzielen, den Sie beim Kohlesockel erreicht haben, oder den gleichen Erfolg, den Sie bei Ihrer Kandidatur für den stellvertretenden Parteivorsitz erreichen – oder auch nicht. Denn die

SPD Nordrhein-Westfalen hat bei ihrer Bundespartei kein Standing. Das wird auch hier deutlich.

(Beifall von CDU und FDP – Heiterkeit von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie leben in einer komischen Welt! Wie viele Minister der Bundesregierung stellt Nordrhein-Westfalen?)

Was ich bei Ihnen bewundernswert finde: Sie können hier die ganze Zeit debattieren, ohne dabei zu argumentieren. Das schafft nicht jeder in diesem Land.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer argumentiert hier nicht? – Unruhe)

So einfach sieht diese Welt aus. Sie versuchen heute, uns eine Debatte vorzuführen und sich als die Partei darzustellen, die etwas für die Kinder in diesem Land leistet. Dafür hatten Sie doch so viel Zeit, und es ist hierzu überhaupt nichts passiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommen Sie zur aktuellen Thematik!)

Wenn wir jetzt Kritik üben und Wünsche äußern sollen, können wir auch sagen: Erstmals geben wir im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes 1 Milliarde € für die Kinder in diesem Lande aus,

(Rainer Schmeltzer [SPD] und Britta Altenkamp [SPD]: Wann?)

und das soll jetzt der Bund tragen. All die vielen Präsente für die Kommunen soll der Bund tragen. – Das tun wir nicht. Wir machen unsere Arbeit, und wir verankern erstmalig Qualität in der Kinderbetreuung, damit sie zur Kinderbildung wird.

Das, Frau Kraft, lässt sich nicht damit vereinbaren, die Kindergärten beitragsfrei zu stellen. Denn der beitragsfreie Kindergarten wird nur eines erreichen: Wir müssen Kosten drücken, Kosten drücken, Kosten drücken.

(Zurufe von der SPD: Aah!)

Damit wird erneut weder Qualität noch eine Bildungskonzeption erreicht. Statt kompetente Erzieherinnen vorzuhalten, die die Kinder inhaltlich gut weiterbringen können,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die kriegen sie heute schon nicht!)

wird wieder nur auf billig, auf einfach gemacht: ein Massenprodukt. Das ist nicht das, was das Land braucht. Wir brauchen Qualität für die Kinder. Wir müssen die Kinder schlauer machen. Wir müssen sie für den Wettbewerb rüsten. Das machen beispielsweise unsere Sprachtests.

(Zurufe von der SPD: Uih! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind das beste Beispiel! – Britta Altenkamp [SPD]: Phase 1 oder Phase 2?)

– Frau Altenkamp, schauen Sie sich doch das Ergebnis der Sprachtests an! Jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen schließt seine gesamte Schullaufbahn auf dem Stand eines Viertklässlers ab. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik – eine absolute Katastrophe!

(Beifall von CDU und FDP)

Das ändern wir. Wir machen verbindliche Sprachtests und verbindliche Sprachförderung. Wir vermitteln jetzt in den Kindergärten Inhalte.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Delfin!)

Damit das einen Sinn ergibt, definieren wir erstmalig Schnittstellen zu den Grundschulen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Erstmals! – Zuruf von der SPD: Diese Schnittstellen fördern Unterrichtsausfall an den Grundschulen!)

damit das, was im Kindergarten beigebracht wird, in der ersten Klasse nicht wiederholt wird.

All diese Dinge hätten Sie tun können; aber Sie haben sie nicht getan. Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, verzichten Sie auf Debatten über Themen, bei denen Sie deutlich gezeigt haben, dass Sie in diesem Land keine Kompetenz haben

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie gerade für Ihre Fraktion bewiesen: deutlich keine Kompetenz!)

und deshalb zu Recht von den Menschen abgewählt worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu Herrn Jarzombek freuen wir uns über diese Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir finden es gut und richtig, dass heute darüber diskutiert wird, wie es in der Kindergarten- und Frühförderpolitik von Kindern weitergeht. Herr Jarzombek, mit Vergleichen und Bewertungen, wer was in Berlin zu melden hat, wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich wäre sehr vorsichtig, was Herr Rüttgers dort so durchsetzt. Meines Wissens hat die große NRW-CDU nach wie vor kein Mitglied im Bundeskabinett.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die SPD stellt immerhin drei Mitglieder, und wir arbeiten hart daran, damit das bei uns auch wieder anders aussieht.

Herr Jarzombek, vorab noch eine Bemerkung: Sie werden Herrn Witzel immer ähnlicher. Ehe sich das verfestigt, sollten Sie sich fragen, ob das in Ihrem Sinne ist und ob Sie das bezweckt haben.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wir können endlich einschätzen, wer bei der Kinderbetreuung wofür steht. Wir können auch einschätzen, ob den großen Worten der Berliner Großen Koalition nun auch große Taten folgen. Ich sage klipp und klar: Der angebliche Kompromiss, insbesondere was den Rechtsanspruch ab 2013 angeht, ist aus unserer Sicht kein Durchbruch – weder für die Kinder noch für die Eltern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass es darüber Streit gibt, das haben wir doch gerade schon gemerkt. Das ist aber erst in sechs Jahren. Insofern ist nach den vollmundigen Ankündigungen von Frau von der Leyen, es müsse in der Kinderbetreuung vorgehen, der Sturm im Wasserglas geendet. Und für die SPD – Frau Kraft hat es eingeräumt – ist der Rechtsanspruch 2013, den sie lieber heute als morgen eingeführt hätte, noch verdammt lange hin.

Wenn der Rechtsanspruch erst greifen soll, wenn die tatsächliche Betreuungsquote bei 35 % liegt – dazu ist mir das gleiche Bild eingefallen –, sind das Trippelschritte, wo eigentlich Siebenmeilenstiefel erforderlich wären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schon seinerzeit, als wir uns – Rot-Grün in Berlin – über das Tagesausbaubetreuungsgesetz geeinigt haben, wollten wir Grüne den Rechtsanspruch. Mit uns hätten Sie ihn schon damals haben können. Mit uns Grünen hätte es auch das Abschmelzen des Ehegattensplittings schon gegeben. Das ist nicht an den Grünen, sondern an der SPD gescheitert. Das gehört der Vollständigkeit halber dazu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann gibt es noch die FDP. Ich bin gespannt, Herr Lindner, wann Sie mit der CDU den Rechtsanspruch in NRW durchsetzen. Beim KiBiz haben wir davon zumindest nichts gemerkt. Das wird Ihnen Frau Asch noch genauer darlegen. Wie die Eltern und Kommunen angesichts der Diskussion in Berlin die schwarz-gelbe Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen wahrnehmen, davon können wir alle ein Lied singen.

Kindergartenplätze werden abgebaut, Elternbeiträge steigen. Das ist die traurige Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt komme ich zur ideologisch auch so abgerüsteten Union. Da muss offensichtlich für den Ministerpräsidenten adé Stoiber nach all der Schmach beim Abschied aus der Politik offenbar noch eine Art süßes Zückerchen teuer genug erkaufte werden und alles ideologisch verbrämt mit vermeintlicher Wahlfreiheit. Dabei begünstigt unser Steuersystem doch schon heute, insbesondere das Ehegattensplitting, das Modell „Mann verdient viel, Frau besser gar nichts, bleibt also zu Hause“. Das ist der erste Grund gegen das Betreuungsgeld, weil es schon jetzt eine steuerliche Begünstigung eines bestimmten Familienmodells gibt, die wir Grünen überwinden wollen.

Zweitens: Uns kommt es bei der Schaffung von Krippenplätzen nicht nur darauf an, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, damit Frauen, Kinder und Karriere endlich unter einen Hut bekommen können. Nein, meine Damen und Herren, uns kommt es auch und besonders darauf an, Kindern früh die bestmögliche Bildung, Betreuung und Erziehung zu bieten, und zwar insbesondere denjenigen Kindern, die dies nicht in ihren Elternhäusern erfahren. Gerade für diese Kinder hat der Staat bzw. haben wir eine besondere Verantwortung, meine Damen und Herren. Das ist der Grund gegen das Betreuungsgeld.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich ist die Verlockung gerade für Eltern, die sich ohnehin schon nach der Decke strecken müssen oder die ihre Erziehungsverantwortung nicht so wahrnehmen, wie wir uns das wünschen, groß, sich für das Geld zu entscheiden, was dann im allgemeinen Familienbudget untergeht und nicht so bei den Kindern ankommt, wie das nötig wäre.

Ich habe mich gefreut, als ich Herrn Pflüger zu diesem Thema vorgestern im Radio habe sprechen hören, der das ganz genau so definiert hat, wie ich das hier sage.

Außerdem – Frau Kraft hat zu Recht darauf hingewiesen – beklagen wir heute, dass wir Weltmeister bei den Geldtransfers sind, aber dass das Ergebnis trotzdem nicht zufriedenstellend ist, meine Damen und Herren. Diese Problemlage nicht beiseitezuschieben und nicht auch zu sehen, dass wir die Kinder so früh wie möglich erreichen müssen, nicht zu erkennen, dass in etlichen Familien etwas richtig schief läuft, bis hin zur Anwendung von Gewalt und zur Verwahrlosung, und dafür blind zu sein, heißt für mich, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen.

Ich wiederhole: Das Aufdecken familiärer Gewalt wird durch solche Heim- und Herdprämien schwieriger. Herr Wüst – er ist heute nicht da, aber ich sage es trotzdem –, das ist kein geschmackloses Gleichsetzen von elterlicher Betreuung mit häuslicher Gewalt. – Ich frage mich wirklich, ob Herr Wüst das ernst gemeint hat oder ob er am Vatertag einfach zu lange mit dem Bolterwagen unterwegs war.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vielleicht hat ja er Phantomschmerzen gehabt, das weiß ich nicht. Anders kann ich mir seine irrwitzige Auslegung meiner Argumentation nicht erklären. Nüchtern betrachtet passt sie auch nicht in die Logik mancher Entscheidung der Landesregierung. Wenn Sie der Auffassung sind – so habe ich zumindest Herrn Laschet verstanden –, dass die Familie nicht von alleine alles vernünftig regelt, wieso wird dann manches von Ihnen zur Pflicht gemacht, damit alle Elternhäuser erreicht werden? – Also, Herr Laschet, anstatt sich ständig an Frau Asch abzarbeiten, sollten Sie erst einmal in den eigenen Reihen Ihrem Nachwuchs die notwendige individuelle Förderung zukommen lassen, sprich: Aufklärung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen stehen in der Frage der Kinderbetreuung für einen zukunftsweisenden Ansatz. Die Kinder müssen im Mittelpunkt stehen. Es kommt darauf an, ihre Entwicklung zu fördern, Ihre Bildungspotenziale zu erschließen und ein Aufwachsen in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen zu schaffen. Es geht um das Recht der Kinder, aller Kinder, auf die beste Bildung, Betreuung und Erziehung. Auf den Anfang kommt es an.

All den konservativen Bedenkenträgern sei gesagt: Bei der Rede zum politischen Aschermittwoch der Kirchen hat Ministerin Schavan in Essen betont, dass genau dies, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, echte Familienförderung sei.

Vor diesem Hintergrund haben wir Grünen auf unserem Länderrat in Bremen nicht nur den Rechtsanspruch beschlossen, sondern mit unserem Ansatz einer Kinderbetreuungskarte auch ein Finanzierungsinstrument vorgelegt. Meines Wissens nach ist das bisher das einzige, das angesichts der föderalen Strukturen zweierlei sichert: erstens, dass sich der Bund angemessen an den Kosten beteiligt, und zweitens, dass die Eltern gegenüber den Kommunen einen Rechtsanspruch bekommen, damit das Geld wirklich dort ankommt, wo es hingehört, nämlich in die Infrastruktur und in die Förderung der Kinder.

Das zeigt, meine Damen und Herren: Die Grünen sind gut aufgestellt. Die Grünen müssen wieder an die Regierung. Bremen ist erst der Anfang. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gut sieben Jahre lang bin ich als Familienpolitiker im Landtag tätig. Deshalb möchte ich zu Beginn meines Beitrages etwas aufzeigen, was uns verbindet. In den vergangenen sieben Jahren hat Familienpolitik nicht immer diese Priorität genossen, die wir ihr heute über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg einräumen. Das ist richtig so, weil es ein wichtiges gesellschaftspolitisches Feld, möglicherweise das Zukunftsfeld der Politik schlechthin ist.

Wir alle haben gewiss noch im Ohr, was der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Blick auf Frauen- und Familienpolitik gesagt hat, wie seine Prioritätensetzung war. Für Gerhard Schröder war das „Gedöns“, wie wir uns noch gut erinnern. Das Schlimme war: Für Sie in Nordrhein-Westfalen war ausweislich der Ergebnisse Familienpolitik eben auch nur Gedöns.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist der Grund, warum wir in der Kinderbetreuung die rote Laterne hatten. 2,8 % Bedarfsdeckungsquote bei den unter Dreijährigen im Jahre 2005, lediglich 10.000 Plätze für über 450.000 Kinder im Alter von unter drei Jahren. Das, was Sie, Rote wie Grüne, heute an Schleiertänzen veranstalten, ist nichts weiter als ein plummes Ablenkungsmanöver. Da haben wir keine feuchten Hände.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir handeln dagegen. Das ist heute noch nicht hinreichend zur Sprache gekommen. Vergangenen Dienstag hat das Landeskabinett den Gesetzentwurf des Kinderbildungsgesetzes verabschiedet. Durch dieses Gesetz wird schon im kommenden Jahr die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige gegenüber dem Stand von heute verdoppelt. Bis zum Jahre 2010 werden für die unter Dreijährigen 90.000 Plätze geschaffen worden sein. Das ist in der Steigerung der Faktor 9. Das ist familienpolitisches Handeln, nicht familienpolitische Show.

(Beifall von FDP und CDU)

Dafür brauchen wir das Engagement des Bundes nicht. Dafür benötigen wir auch keinen Rechtsanspruch. Das können wir auch so, und das unterscheidet uns von Ihnen: Wir brauchen keine Gesetze, sondern wir können ganz konkret handeln und dadurch das tägliche Erleben, die tägliche Lebenswirklichkeit der Familien, der Eltern und Kinder in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Gleichwohl werden wir innerhalb der Koalition beratschlagen, ob durch das Engagement des Bundes jetzt eine Platzgarantie nicht doch möglich werden kann. Wir als FDP vertreten die Auffassung, dass wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz vom dritten auf den zweiten Geburtstag ab dem Jahr 2010 vorziehen sollten. Diese Platzgarantie gibt Eltern die Gewissheit, dass sie dann, wenn sie und wo sie einen Platz benötigen, sicher sein können, dass es ein solches Angebot gibt.

Das ist seriös finanzierbar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das erste Mal!)

Die Landesregierung geht in ihren Planungen davon aus, dass wir im Jahr 2010 für 40 % der Zweijährigen einen Platz vorhalten können. So ist das auch etatisiert.

(Zustimmung von Minister Armin Laschet)

– Der Generationenminister nickt. Das sind 60.000 Plätze.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt lacht der Minister!)

– Was lachen Sie denn so? Warum sind Sie denn so albern? 60.000 Plätze sind, wie gesagt, etatisiert.

Sachsen-Anhalt hat bereits einen Rechtsanspruch. Dort nehmen 50,4 % der Familien einen solchen Platz in Anspruch. 40 % planen wir, 50 % Rechtsanspruch in Sachsen-Anhalt. Gehen wir von 60 % in Nordrhein-Westfalen aus, die den

Platz auch in Anspruch nehmen würden, dann bräuchten wir über die Planungen der Landesregierung hinaus etwa 30.000 zusätzliche Plätze.

Das Land fördert im Pauschalen-Modell des KiBiz jeden einzelnen Platz mit etwa 3.000 €. Das heißt: Wir haben als Land für die Platzgarantie ab zwei Jahre ein Finanzierungsvolumen von etwa 90 Millionen € zu schultern. Dem stehen aber avisierte Bundesmittel in einer Größenordnung von 800 Millionen € für Nordrhein-Westfalen gegenüber, verteile ich der Einfachheit halber die 4 Milliarden € nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder.

Das bedeutet: Unter der Voraussetzung, dass sich der Bund engagiert – da dürfen wir uns nach der rot-grünen Regierungszeit aber leider nicht sicher sein –, ist die Platzgarantie ohne Belastung des Landeshaushaltes finanzierbar. Unter dieser Voraussetzung werden wir in der Koalition ergebnisoffen und, wie ich hoffe, mit gewisser Sympathie darüber beraten.

Meine Damen und Herren, in Berlin wird gegenwärtig in der großen Koalition auch noch ein weiterer Aspekt diskutiert, zu dem sich die Freien Demokraten positionieren werden. Dabei geht es um die Frage des Betreuungsgeldes. Wir glauben, dass dieses Betreuungsgeld überflüssig wie ein Kropf ist.

(Beifall von der FDP)

Das ist ja auch keine Forderung gewesen, die vordringlich von der CDU vorgebracht worden ist, sondern von ihrer bayrischen Schwesternpartei. Die CDU ist offenbar und Gott sei Dank etwas weiter. Das zeigt sie auch in Nordrhein-Westfalen.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass durch Ehegattensplitting, im Übrigen aber auch die beitragsfreie Mitversicherung der Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung, das Modell der Einverdienerehe so stark subventioniert wird wie keine andere familienpolitische Leistung, kein anderes Lebensmodell in Deutschland. Deshalb sind wir der Auffassung: Auf dieses Betreuungsgeld sollten wir zugunsten einer weiteren qualitativen wie quantitativen Verbesserung der Kinderbetreuung verzichten.

Liebe Frau Kraft, weil Sie hier die Lordsiegelbewahrerin der sozialen Gerechtigkeit gespielt haben,

(Ralf Jäger [SPD]: Wer denn sonst in diesem Hause?)

will ich das staunende Publikum einmal darauf hinweisen, wie Sie als NRW-SPD und Ihr Bundes-

finanzminister ursprünglich beabsichtigt hatten, den Ausbau der Kinderbetreuung zu finanzieren: nämlich durch eine Reduzierung des Kindergeldes.

(Ursula Meurer [SPD]: Nein, das ist falsch! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Eine Aussetzung weiterer Erhöhungen kommt doch auf dasselbe heraus. Den Familien ist es doch egal, unter welchem Namen Sie ihnen das Geld wegnehmen. Sie wollten durch eine Reduzierung des Kindergeldes gegenfinanzieren. Sie wollten den Eltern in die linke Tasche greifen, um ihnen etwas in die rechte zu schieben. Das ist Ihre soziale Gerechtigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Ihre Art der Politik, Falschaussagen nach draußen zu bringen!)

Wen hätten Sie denn damit getroffen? Hätten Sie damit die Spitzenverdiener getroffen? Nein, Sie hätten den Familien geschadet, die knapp kalkulieren müssen. Das ist Ihre soziale Gerechtigkeit. Deshalb haben Sie hier keinen familienpolitischen Führungsanspruch mehr geltend zu machen. Deshalb sind Sie zu Recht abgewählt worden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Lindner.

(Carina Gödecke [SPD]: Lassen Sie uns einmal darüber reden, wer dafür verantwortlich ist, dass in Gelsenkirchen die Kindergartengebühren steigen!)

Für die Landesregierung spricht nun Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine Aktuelle Stunde. Wir müssen in der Diskussion darauf achten, dass das keine virtuelle Stunde wird. Dass man über Dinge redet, die im Jahr 2013 einmal passieren sollen, kann man ruhig der Berliner Koalition überlassen. Die haben vielleicht andere Möglichkeiten, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Wir wollen, dass sich jetzt recht schnell etwas an der Betreuungssituation ändert. Das ist unser Ansatz

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will nicht die ganze Leier wiederholen, weil Sie dann immer unruhig werden und wir das oft genug gesagt haben: Wir kommen von einer Ausgangs-

position, die schlecht ist. Es ist nicht angenehm, an einem Familiengipfel teilzunehmen und immer wieder gefragt zu werden, warum man auf Platz 16 von 16 Ländern steht.

Aber lassen wir das einmal der Vergangenheit angehören. Wir haben das oft genug erörtert. Fragen wir uns, wie wir von dieser Position wegkommen. Was können wir jetzt ändern, damit wir schneller werden? Die gesamte Diskussion um einen Rechtsanspruch, die auch hier und heute die Debatte geprägt hat, ist eine Scheindebatte. Was hilft Eltern ein Rechtsanspruch im Jahr 2013? Die Kinder, die dann in die Krippe gehen, sind heute noch nicht einmal erdacht geschweige denn geboren. Sie diskutieren über virtuelle Fragen, statt Eltern heute zu helfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb haben wir gesagt: Wir nehmen uns im Koalitionsvertrag als Ziel 20 % bis zum Jahre 2010 vor. Anders als alle anderen deutschen Bundesländer nehmen wir uns das im Übrigen so vor, dass sich das Land mit 30 % an den Kosten beteiligt. Das war einmal anders vorgesehen. Im Tagesausbaubetreuungsgesetz hatte Rot-Grün vorgesehen, die Kommunen müssten das machen. Sie könnten das aus den Gewinnen mit Hartz IV bezahlen. So sah die Rechnung aus: Das Land könnte sich dort völlig heraushalten, Frau Löhrmann. Drei Viertel aller deutschen Länder halten sich an dieser Stelle auch heraus; sie geben vielleicht 10 % Zuschuss. Wir zahlen für jeden Platz 30 % an die Kommunen, weil uns dieses Anliegen wichtig ist.

(Beifall von der CDU)

So wollen wir die 20 % erreichen. Im nächsten Jahr werden wir mit dem neuen Gesetz von 16.000 auf 34.000 Plätze kommen. Diese 18.000 zusätzlichen Plätze helfen Eltern schon im Jahre 2008. Sie helfen ihnen mehr als jeder fiktive Rechtsanspruch, den Sie hier verkünden.

Gestatten Sie mir außerdem einige Bemerkungen zu der Debatte über das Betreuungsgeld. Vor allem den von Frau Löhrmann in ihrer Rede dargestellten Ansatz halte ich für ein wenig verräterisch. Das ist keine Wahlfreiheit. Zu dem durch Ehegattensplitting vorgegebenen und unterstützten Modell sagen Sie

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Lindner hat das gerade genauso gesagt!)

– ich habe das mitgeschrieben –: Dieses Familienmodell wollen wir überwinden. Dahinter steht die Idee, dass wir als Politik sagen, wie Familien leben sollen. Und das ist nicht unser Ansatz!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich setze mich dafür ein, Wahlfreiheit zu schaffen. Derzeit gibt es keine Wahlfreiheit, weil wir zu wenige Betreuungsplätze haben. Bis zu diesem Punkt sind wir einig. Wenn Eltern im 21. Jahrhundert entscheiden, dass jemand Familienarbeit leisten will, brauchen wir keine Politiker, die dieses Familienmodell überwinden, sondern Politiker, die ihnen diese Freiheit geben. So weit ist die gesellschaftspolitische Debatte heute.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun ist die Frage, was diesbezüglich vereinbart ist. An dieser Stelle ist die Koalition in Berlin in der Tat eigenartig. Herr Stoiber und Herr Beck stehen wie die begossenen Pudel unter dem Regenschirm und erklären der deutschen Öffentlichkeit, was denn gerade in der Koalitionsrunde vereinbart wurde. Beide sagen unter anderem, man habe das Betreuungsgeld vereinbart.

Liebe Frau Kraft, wenn es sich dabei um einen solchen Unsinn handelt, wie Sie hier dargestellt haben, hätte die SPD als Koalitionspartner sagen müssen: Wir prüfen das erst gar nicht; denn es ist familienpolitisch falsch. – Sie haben es aber geprüft. Sie haben sogar einen Zeitpunkt genannt, wann es kommen soll. Insofern sind Sie mit in der Haftung dafür, dass jetzt über dieses Geld gesprochen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage nur: Es ist die falsche Prioritätensetzung. Wir müssen auch Familienarbeit mittelfristig wieder stärker anerkennen. In den 80er-Jahren gab es einmal die von Heiner Geißler und Rita Süßmuth eingeführte Errungenschaft, dass man wirklich wählen konnte.

Bei dem vielen Geld, das wir jetzt dringend brauchen, liegt die Priorität heute auf der Schaffung von Plätzen für unter Dreijährige. Insofern kann man im Jahr 2013 über eine Verlängerung des Elterngeldes und über andere Formen der Anerkennung von Familienarbeit nachdenken. Jetzt brauchen wir Krippenplätze für unter Dreijährige. Alles Geld, das wir haben, müssen wir für diese Priorität einsetzen.

Deshalb halte ich den aktuellen Beschluss von Rheinland-Pfalz zum kostenfreien Kindergartenjahr für eine falsche Prioritätensetzung. Nebenbei bemerkt: Die Rheinland-Pfälzer machen das auf unsere Kosten. Immerhin sind sie im Länderfinanzausgleich Empfängerland. Während die Eltern bei uns schauen, wie sie das Geld zusammenbekommen, wird in Rheinland-Pfalz ein kostenloses Kindergartenjahr eingeführt. Auch die

„reichen“ Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern denken ja darüber nach.

(Ralf Jäger [SPD]: Was hat das mit dem Länderfinanzausgleich zu tun? Können Sie das einmal erklären?)

– Lieber Herr Jäger, ich sage Ihnen nur Folgendes: Wenn ich morgen das Geld hätte, das Rheinland-Pfalz dafür ausgibt,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

würde ich es als Erstes in einen schnelleren Ausbau des U3-Systems stecken.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie wollen nicht! – Gegenrufe von der CDU)

– Herr Jäger, hören Sie doch einfach einmal zu! Danach können Sie hierherkommen und antworten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es sind gerade Ihre Leute, die dazwischenrufen!)

Wenn ich jetzt das notwendige Geld hätte, würde ich erstens sagen, dass wir einen schnelleren, besseren und konsequenteren Ausbau des U3-Systems brauchen. Zweitens würde ich sagen: Wir brauchen mehr Qualität in den Gruppen; wir brauchen kleinere Gruppen; wir brauchen eine bessere Erzieherinnenausbildung. – Das wären meine Prioritäten.

Erst an dritter Stelle würde ich eine Beitragsfreiheit einführen. Das ist der Unterschied. Beitragsfreiheit bedeutet, dass Sie das Geld aus dem System herausziehen, anstatt es ins System hineinzugeben.

Diese 150 Millionen € Landesgeld würde ich, sobald wir das können, in bessere Kindergärten stecken. Wir fangen 2008 mit einer Verdopplung der U3-Plätze an. Im Jahre 2009 haben wir erstmals eine Milliarde € im System. Dieser Betrag wird weiter ansteigen. Mittelfristig kann man dann über Beitragsfreiheit nachdenken. Sie setzen an dieser Stelle die falschen Prioritäten.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Lindner zum Rechtsanspruch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dazu müsste man mehrere Bemerkungen machen!)

In Rheinland-Pfalz schafft man eine Art fiktiven Rechtsanspruch. Dort sagt man: Wenn wir 40 bis 50 % abgedeckt haben, ist das die Erfüllung des Rechtsanspruchs.

(Ralf Jäger [SPD]: Warum schauen Sie mich an? Herr Lindner sitzt dort drüben!)

– Ja. Ich rede aber über Rheinland-Pfalz. Es sind ja Ihre Leute, die dort im Moment tätig sind. Herrn Lindner schaue ich auch an. Im Übrigen hört Herr Lindner mich auch, wenn ich ihn nicht angucke, verstehen Sie?

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

In Rheinland-Pfalz sagt man also, der Rechtsanspruch sei 2010 mit einer Garantie von Plätzen für 40 % der Kinder erfüllt. Das ist allerdings ein virtueller Rechtsanspruch. Wenn ein Elternteil gerne einen Platz für sein Kind hätte und dieser Platz nicht vorhanden ist, hilft ihm dieser Rechtsanspruch gar nicht.

Insofern können wir es so machen, wie Herr Lindner gesagt hat. Wir werden im Jahre 2010 bei den zwei- bis dreijährigen Kindern bei 40 % liegen. Dann schauen wir uns einmal die anderen Länder an. Wenn man so etwas Rechtsanspruch nennen kann – vielleicht wird das Ganze ja mit Bundesgeld noch etwas reicher ausgestattet –, haben wir auch kein ideologisches Problem mit einem Rechtsanspruch.

Unser Problem war lediglich, dass der Begriff Rechtsanspruch Eltern etwas vormacht. Für das Jahr 2013 einen Rechtsanspruch einführen zu wollen, ist sogar eine – wie kann ich das parlamentarisch vornehm ausdrücken? – Veräppelung von Eltern. Mir ist die Politik der Bundesfamilienministerin lieber. Sie hat mit ihrer Politik, vor acht Wochen eine solche Debatte anzustoßen, erreicht, dass jetzt 4 Milliarden € bereitstehen. Das ist eine großartige Leistung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und jetzt ist sie abgetaucht! Die nächsten Schritte waren eine neue Frisur und neue Kleider!)

Wir waren an ihrer Seite. Nordrhein-Westfalen hat sie unterstützt. Insofern stehen wir an der Spitze dieser familienpolitischen Bewegung in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun Herr Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Minister Laschet, wenn Sie die familienpolitische Spitze in Deutschland sind und uns die letzten 39 Jahre vorhalten,

frage ich mich ernsthaft: Was haben Sie in den letzten zwei Jahre gemacht? – 170 Millionen € aus dem System der Kindergärten abgezogen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, sehr geehrter Herr Minister, sind dafür verantwortlich, dass in Nordrhein-Westfalen in den allermeisten Städten die Eltern, die soziale Probleme haben, durch höhere Elternbeiträge bestraft werden. Das haben Sie verursacht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wussten genau, was in Gelsenkirchen auf Sie zukommt. Das war ganz klar. Darauf legen Sie es an. Sie wollen keine sozial vernünftige Staffelung, keine sozial gerechte Förderung der Kinder. Deshalb sind Sie auch gegen eine Beitragsfreiheit im Kindergarten.

Herr Jarzombek, ich möchte einmal hier erleben – jetzt bin ich zwei Jahre dabei –, dass Sie in die Zukunft gewandt über Ihre eigene Verantwortung sprechen.

(Beifall von der SPD)

Man muss sich Sorgen um Ihre Gemütslage machen. Wer immer nur in der Vergangenheit schwebt, bekommt Probleme, überhaupt einen Blick für die Zukunft zu entwickeln. Die letzten zwei Jahre blenden Sie immer aus. Die Katastrophen, die Sie landauf, landab im Kindergartenbereich organisiert haben, blenden Sie aus. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und in der laufenden Debatte hört er nicht mehr zu!)

– Das spricht für ihn.

Herr Lindner, ich bin erstaunt und auch erfreut, dass wir uns in einigen Punkten nähern. Ich finde das sehr gut. Allerdings wird diese Annäherung dadurch erschwert, dass Sie weiterhin Unwahrheiten behaupten, nämlich beispielsweise, dass der Bundesfinanzminister die Reduzierung des Kindergeldes als Gegenrechnung aufgemacht hätte. Das stimmt nicht. Das wissen Sie auch. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der SPD)

Und das ist eine Verdummung der Zuhörer.

(Christian Lindner [FDP]: Was war denn seine Forderung?)

– Ja, Sie wissen es genau. Er hatte vor, das Geld in Einrichtungen zu stecken und das Kindergeld

nicht zu erhöhen, aber auch nicht zu kürzen – ein großer Unterschied.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht erhöhen und nicht kürzen kann Herr Lindner nicht auseinanderhalten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten zwei Jahren eine grundlegend neue Situation bekommen. Das Elterngeld wurde eingeführt. Das lässt sich mit den letzten zehn, zwanzig, dreißig Jahren überhaupt nicht mehr vergleichen. Wenn wir auf der einen Seite das Angebot von Elterngeld organisieren, dann müssen wir auf der anderen Seite schnellstmöglich die dazugehörige Betreuung organisieren.

(Beifall von der SPD)

Darauf kommt es jetzt an. Deshalb ist es falsch, auf die Vergangenheit zu verweisen. Die Situation ist neu. Diese neue Situation muss angepackt werden. Da tut die Regierung zu wenig, und darauf weisen wir hin. Wir könnten dieses Thema anders angehen, wenn beispielsweise diese 170 Millionen €, die Sie gekürzt haben, obendrauf gekommen wären. Unterm Strich gibt es 40 Millionen € für die Kinder weniger im Land, obwohl wesentlich mehr Aufgaben ins System kommen, Herr Laschet. Es kommen wesentlich mehr Aufgaben ins System.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir können uns gerne einmal zusammensetzen oder zusammen auch Kindergärten besuchen. Ich besuche viele Kindergärten, und überall steht es bis Oberkante Unterlippe. Es bereitet ihnen größte Sorgen. Das neue GTK verursacht große Ängste im Land. Gehen Sie mit mir zusammen – ich biete Ihnen das an – vor Ort in die Kindertageseinrichtungen, und schauen wir uns die Probleme an!

(Minister Armin Laschet: Das tue ich doch! – Zuruf von Ursula Meurer [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Suche nach verlässlichen Partnern brauchen wir für die Eltern einen Rechtsanspruch, weil wir nicht wollen, dass die Eltern weiterhin auf Wohlwollen von Verwandten angewiesen sind, dass sie die Betreuung ihrer Kinder privat mit den damit verbundenen Risiken bei der Qualität und der Finanzierung organisieren müssen. Wir brauchen einen Rechtsanspruch, der deutlich macht: Eltern haben einen verlässlichen Partner in der Betreuung ihrer Kinder. Und das ist die Kita.

Wir fordern diesen Rechtsanspruch ein, weil dieser Rechtsanspruch auch Chancengleichheit bedeutet: einmal für die Eltern, die wissen, sie brau-

chen sich neben den beruflich immer stärker werdenden Sorgen nicht noch zusätzlich um die Betreuung ihrer Kinder zu sorgen, sondern das ist geregelt – sie haben einen Rechtsanspruch –, und es bedeutet auch Chancengleichheit für die Kinder.

Wir haben es bei den Sprachstandserhebungen gemerkt und wissen, dass es nicht nur da zutrifft: Es gibt erhebliche Probleme bei den Kindern, nicht nur in der Sprache, auch in der sozialen Kompetenz, in der emotionalen Kompetenz. Wir müssen versuchen, diesen Problemen früher zu begegnen. Die Familien – Frau Kraft hat darauf hingewiesen –, leider häufig sozial schwächere Familien, können diese Probleme alleine nicht lösen. Deshalb brauchen Sie vernünftige Angebote.

Wir als Staat müssen ihnen helfen, müssen ihnen im heutigen Alltag helfen. Denn wenn die Kinder in die Schule oder in die Lehre kommen, dann ist es zu spät. Dann müssen wir mit riesigen Kosten Reparaturbetriebe aufrecht erhalten. Dabei wäre es hier an dieser Stelle richtig investiert. Je früher wir die Möglichkeiten anbieten, desto besser ist das für die Entwicklung der Kinder. Wir wollen auch keine Zwangsbeglückung, sondern wir wollen versuchen, den Eltern faire Angebote zu machen. Herr Laschet, ich bin ganz sicher: Wenn wir einen Rechtsanspruch und eine Beitragsfreiheit einführen, wird sich das auch volkswirtschaftlich ...

(Minister Armin Laschet: Das ist Zweierlei!)

– Richtig, zweierlei! Wenn wir aber beides machen würden, würde sich das auch volkswirtschaftlich langfristig für unser Land, für Nordrhein-Westfalen positiv auswirken. Lassen Sie uns in die Diskussion einsteigen! Machen Sie das mit uns zusammen! An diesem Punkt wären wir bei Ihnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jörg. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Aktuellen Stunde fühle ich mich an einen alten Römer erinnert, der jede seiner Reden schloss mit dem Motto: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

(Unruhe)

Ich kann das gerne übersetzen: Er schloss jede Rede damit, indem er sagte, er sei der Meinung, Karthago müsse zerstört werden.

Wir führen hier Aktuelle Stunden wieder und wieder immer um dieselben Themen. Ich darf daran erinnern, dass wir über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bereits am 7. März 2007 gesprochen haben. Das ist gerade zehn Wochen her. Das war in einer Aktuellen Stunde, wobei Ihre Anträge abgelehnt worden waren. Sie glauben, Sie könnten sie dann immer wieder vorbringen, und damit würden sie besser. Das ist der eine Punkt.

Wenn Sie diese Aktuelle Stunde darüber hinaus beantragt haben, weil Sie glauben, Sie könnten in die Koalition einen Keil treiben, dann irren Sie sich. Herr Lindner hat es deutlich gemacht, Herr Minister Laschet auch: Wir sind zwei Parteien, die jeweils ihre eigene Diskussion führen. Wir werden diese Diskussion miteinander führen und zu einem guten Ende bringen. Wir sind nicht Rot-Grün. Ich erinnere an die Zeiten, als in diesem Land sechs oder acht Wochen keine Politik betrieben wurde und am Ende ein „Düsseldorfer Signal“ herauskam.

(Beifall von der CDU)

Das werden Sie bei uns nicht erleben. Nun zurück zu dem Thema, was Sie hier diskutieren wollen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Die SPD und die Grünen entdecken das Thema Familienpolitik. Sie möchten dabei nicht an die Vergangenheit erinnert werden. Das zeigt sich immer wieder. Herr Lindner hat vorhin schon auf Herrn Schröder hingewiesen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass Sie wirklich Zeit genug hatten, wenigstens Ansätze einer anderen Familienpolitik darzustellen.

Ich erspare Ihnen heute auch nicht die Erinnerung an eine Diskussion, die wir 1998 in diesem Lande geführt haben. Im Jahr 1998 ging es um eine Novelle des GTK. Dabei ging es nicht um Verbesserungen, sondern um die Reduzierung von Finanzen in Höhe von 440 Millionen DM. In jedem Haushalt wurden durch die Veränderung des GTK – durch Veränderung der Personalstrukturen wohl gemerkt –

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

und durch die Kündigung von vielen Erzieherinnen, die alle vor der Tür des Landtags standen, jährlich 61 Millionen DM im Etat eingespart. Das neue KiBiz wird genau das Gegenteil hervorbringen. Wir werden mehr Erzieherinnen benötigen.

(Zuruf von der SPD: Was? – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Natürlich. Wir haben am Ende mehr 90.000 Plätze für die unter Dreijährigen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kraft, wir finanzieren nicht Kirchen, wir finanzieren Kinder.

(Beifall von der CDU)

Bei der Diskussion des Jahres 1998 ging es um eine pädagogische Reduzierung des Kindergartenangebots. Das wollen wir einmal festhalten. Es ging um die Änderung von Personalstrukturen, an denen die Kindergärten heute noch leiden.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das neue KiBiz ist fachkraftunterlegt und wird mehr Erzieherinnen in die Kindergärten bringen und eine höhere Fachkraftquote haben als bisher.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich nun zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde, zum Rechtsanspruch für Kinder, kommen. Wir haben vorhin etwas von Visionen und Fiktionen gehört. Ich kann nur sagen: Nordrhein-Westfalen redet nicht, Nordrhein-Westfalen handelt.

Beim Rechtsanspruch wird Eltern suggeriert: Ihr könnt zum Gericht gehen, wie es jetzt beim Rechtsanspruch bei über Dreijährigen der Fall ist, dann bekommt ihr einen Kindergartenplatz. – Was nützt uns ein solcher Rechtsanspruch? Wenn wir dann bei 40 % sind, ist das für mich kein Rechtsanspruch.

Ich meine, wir sollten fair und ehrlich mit den Eltern umgehen und sagen: Ihr habt einen Anspruch auf einen Platz, und den können wir euch auch bieten. – Das werden wir mit dem neuen KiBiz tun. Deshalb sind die Berliner Beschlüsse nicht hinderlich, sondern eher förderlich. Wir werden in Nordrhein-Westfalen unseren Weg gehen.

Eines vermisste ich auch, Frau Altenkamp. Ich richte es einmal generell an die SPD. Frau Altenkamp, vielleicht hören Sie mir einen Moment zu. Ich hatte gestern „Landtag intern“ in der Hand. Ich vermisste Ihre aktuellen Vorschläge, wie Sie das alles umsetzen wollen. Sie schreiben unter anderem:

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich schreibe da nicht!)

„Ich habe während der Diskussion um die offene Ganztagschule miterlebt, wie dringend notwendig es ist, den Blick darauf zu erhalten, was eigentlich finanziell machbar ist.“

(Britta Altenkamp [SPD]: Genau!)

Sie machen pausenlos Vorschläge und sagen uns nie, wie Sie diese finanzieren wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: In jedem Haushaltsverfahren, Frau Kastner! In jedem! Sie müssen einmal hineinschauen!)

– Das haben wir bisher noch nicht festgestellt.

(Widerspruch von der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Das könnte daran liegen, dass wir nie Diskussionen in Fachausschüssen führen, da von Ihnen nie Anträge vorliegen!)

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Betreuungsgeld sagen. Frau Löhrmann, ich bin entsetzt darüber, dass Sie das Ehegattensplitting im Prinzip nicht begriffen haben. Das ist eine völlige Verdrehung dessen, was mit dem Ehegattensplitting erreicht und getan wird. Und wenn Sie über Wahlfreiheit reden und dann gleichzeitig dafür sorgen wollen, dass Frauen möglichst früh wieder in den Beruf gehen, finde ich das äußerst schwierig.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dass sie die Möglichkeit haben!)

– Ja, das möchten wir auch. Deshalb ist das Betreuungsgeld und die Diskussion darüber vielleicht ein Ansatz dazu.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie führen uns so häufig die Finnen vor Augen, wenn es um PISA geht. Schauen Sie einmal in die skandinavischen Länder und beurteilen Sie, ob Kinder Schaden dadurch erleiden, dass Eltern ein Betreuungsgeld bekommen!

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Übrigen finde ich es geradezu entsetzlich, von Heimprämien und Herdprämien zu sprechen. Wir bleiben bei dem alten Stand, den ich schon vor ein paar Wochen bekrittelt habe, dass wir nämlich Frauen aufeinander hetzen. Das kann es eigentlich nicht sein.

Wir sollten Wahlfreiheit schaffen, indem wir viele Betreuungsplätze schaffen, aber auch die Familien stärken, die sich für einen anderen Weg entscheiden. Ich sehe dort nicht nur die finanzschwachen Familien im Mittelpunkt. Ich glaube, das größere Problem sind die Familien mittleren Einkommens, die wirklich alles zahlen müssen. Diese verlieren wir vollkommen aus dem Blick.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich meine, wir müssen den Blick allmählich auch einmal ändern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kastner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, diese Debatte zeigt einmal mehr, welche weite Schere sich zwischen wohlfeilen Forderungen, die hier von den Koalitionsfraktionen formuliert werden, und der konkreten Umsetzung auftut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es lässt sich trefflich auf andere schimpfen, Herr Lindner – wohl auch in der Hoffnung, dass es vom eigenen Unvermögen ablenkt.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Was?)

Die wahren Ablenkungsmanöver betreiben doch Sie. Für den Fall, dass Sie es immer noch nicht gemerkt haben: Sie tragen jetzt die Verantwortung. Sie könnten hier auf Landesebene umsetzen, was Sie in Richtung Berlin immer fordern.

Herr Lindner, in diesem Zusammenhang fällt mir ein: Wissen Sie eigentlich, dass Sie mittlerweile den Spitznamen „Kampfbambi“ haben? Fröhlich werfen Sie – wie schon so oft – die rhetorische Windmaschine an. Sie geißeln den Formelkompromiss von Berlin in der Presse. Er sei zu spät und nicht weitreichend genug. Sie haben damit sogar Recht. Wir als Grüne fordern seit langem auch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Der Unterschied ist nur: Sie haben zwar Recht, aber Sie haben nicht die Berechtigung, von anderen etwas einzufordern, was Sie auf Landesebene selbst realisieren und in Angriff nehmen könnten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Lindner [FDP]: Machen wir doch!)

Sie spielen Opposition in der Koalition und tun so, als hätten Sie in dem Punkt gar nichts mit der Landesregierung zu tun. Das haben Sie bei der Forderung getan, 96 Millionen € für den Landesjugendplan einzustellen. Sie haben es bei der Beitragsfreiheit über die Presse getan. Jetzt machen Sie es wieder bei dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Das Interessante ist: Es lässt sich in der Öffentlichkeit immer sehr gut verkaufen, aber Sie als FDP setzen sich ausgerechnet in diesen familienpolitischen Fragen in der Koalition nicht durch. Bei

der Gemeindeordnung gelingt Ihnen das jedoch auf vortreffliche Art und Weise.

(Christian Lindner [FDP]: Unsinn!)

Das löst bei mir den Verdacht aus, dass Sie sich in der Öffentlichkeit zwar das sozialpolitische Deckmäntelchen umhängen,

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Ihnen diese Fragen in der Koalition aber nichts wert sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ähnliches trifft auch auf Herrn Minister Laschet zu. Er schimpft – er hat es eben wieder getan –: Das kommt 2013 zu spät! – Das ist genau unsere Position. Wir fügen nur hinzu, Herr Minister: Sie hätten jetzt mit dem neuen Kindergartengesetz konkret die Chance, dieses Problem landespolitisch zu lösen, indem Sie den Rechtsanspruch in das KiBiz hineinschreiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie könnten all das realisieren, was Sie der Bundesebene ankreiden.

Meine Damen und Herren, eines wissen wir doch alle, und dazu müssen wir uns nur die Erfahrungen angucken, die wir mit dem Rechtsanspruch für die drei- bis sechsjährigen Kindergartenkinder gesammelt haben: Erst als der Anspruch gesetzlich unterlegt war, ist eine bedarfsdeckende Ausstattung mit Plätzen erfolgt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das war vorher mit schönen Appellen, mit Absichtserklärungen schier nicht möglich.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Herr Minister Laschet, die Bedarfsdeckung von 20 %, die Sie 2010 erreichen wollen, entspricht noch nicht der Deckung des bei den Eltern wirklich vorhandenen Bedarfs. Wir wissen genau: Dieser liegt bei 40 bis 50 %. Ihn fragen Sie ja vorsichtshalber gar nicht erst ab.

(Minister Armin Laschet: Natürlich fragen wir das ab!)

Wenn Sie dahin kommen wollen,

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn dafür getan?)

müssen Sie 70.000 Plätze für die unter Dreijährigen einrichten. Wir werden sehen, ob Sie das von 2008 bis 2010 schaffen.

(Minister Armin Laschet: Na klar! Na logisch!)

Ihr zweiter Versuch eines neuen Kindergartengesetzes sieht nicht viel besser aus als der erste; ich habe ihn eben auf den Tisch gekriegt und kurz angeguckt. Auch in diesem Gesetzentwurf haben Sie wieder eine Höchstgrenze für U3-Plätze definiert. Wollen Sie die Kommunen, die schon jetzt mehr als 20 % Bedarfsdeckung bieten, weiter deckeln? Müssen die jetzt Plätze abschaffen? Wenn Sie in das Gesetz Höchstgrenzen hineinschreiben, werden Sie den bedarfsdeckenden Ausbau an U3-Plätzen nicht erreichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister, es hat mich wirklich enttäuscht, dass ausgerechnet Sie als Integrationsminister dieser unsäglichen „Herdprämie“ das Wort reden. Sie und die CSU haben offenbar immer noch nicht den Gong gehört.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Demnächst werden 50 % der Kinder – in Köln ist das in manchen Gebieten schon so – einen Migrationshintergrund haben. Diesen Kindern wollen Sie Bildung, Sprachförderung und Integration vorenthalten,

(Minister Armin Laschet: Die werden doch nicht mit zwei Jahren in der Sprache gefördert!)

denn Sie werden die Eltern belohnen, die ihr Kind nicht in eine Kita schicken. Meine Damen und Herren, das ist eine Bildungsverhinderungsprämie und nichts anderes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Interessanterweise hat es Ihr Kollege Pflüger aus Berlin ja auch richtig erkannt.

(Minister Armin Laschet: Aber doch nicht für Sprachförderung!)

Das ist hanebüchen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Rechtsanspruch, wir brauchen ihn jetzt im Landesgesetz, damit unter anderem solche Dinge nicht mehr passieren können wie in der Stadt Sölingen, die der Regierungspräsident angewiesen hat, ihre Zahl an U3-Plätzen nicht zu erhöhen, weil sie in der Haushaltssicherung ist bzw. keinen genehmigten Haushalt hat. Das ist die Realität, die Sie herstellen, wenn Sie keine gesetzliche Grundlage schaffen.

Ich kann jetzt, da das Gesetz noch nicht verabschiedet ist, nur noch einmal an Sie appellieren:

Nehmen Sie den Rechtsanspruch auf – im Interesse der Kinder und der Eltern in diesem Land!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann hier im Landtag fast den Eindruck haben, dass vielen Rednern von Rot-Grün überhaupt nicht mehr auch nur in Ansätzen bewusst ist, was Sie hier vor zwei Jahren bei Ihrer Abwahl hinterlassen haben.

(Zustimmung von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Es freut mich, wenn Sie hier jetzt auch das Thema Familienpolitik entdecken. Es reicht aber nicht aus, dass Sie eine Politik betreiben wie Christoph Kolumbus: Sie brechen auf zu neuen Ufern, Sie wissen nicht, wohin die Reise geht – aber wenigstens alles auf anderer Leute Kosten.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Deshalb freut es mich, dass wir Ihnen mit KiBiz und dem, was wir fest verabredet haben – beide Partner in der Koalition der Erneuerung –, eine echte Perspektive zeigen können, damit Nordrhein-Westfalen von seinem Abstiegsplatz in der Betreuungsfrage, auf dem sie es uns vor zwei Jahren hinterlassen haben, aufsteigt, nachholt und andere Länder in Deutschland überholt.

Ich begrüße mit großer Freude ausdrücklich, was unser zuständiger Minister Armin Laschet zur Klarstellung gerade ausgeführt hat, dass wir nämlich gemeinsam das Ziel verfolgen, diesen großen Schritt zu schaffen,

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

dass wir als Land es dann, wenn der Bund – wir haben es nie anders vertont – seine Ankündigungen zu handeln, die es ja gibt, umsetzt – die haben ja nicht wir erwirken können –, wenn er also diesen zusätzlichen Beitrag gibt, für möglich halten, aus eigener Kraft alles zu tun, was Sie nicht getan haben, was wir aber schon machen,

(Hannelore Kraft [SPD]: 56 Millionen gekürzt, das haben Sie gemacht!)

um zu einer faktischen Situation zu gelangen, bei der jeder, der eine U3-Betreuung sucht, auch tatsächlich ein entsprechendes Angebot erhält.

Wir gehen davon aus: Jeder Zweite wird die Angebote abrufen. Wir sorgen durch das, was wir in

der Koalition heute gemeinsam schon verabredet haben, fast dafür, dass genügend Plätze zur Verfügung stehen werden. Die kleine Lücke, die bis zu einem faktischen Rechtsanspruch noch bleiben wird, mit dem jeder bekommt, was er benötigt, können wir schließen, wenn der Bund den von ihm avisierten Anteil mit einbringt.

Frau Asch, Sie haben gesagt: Wir brauchen 70.000 Plätze mehr. – Wir sorgen dafür, dass wir Ende dieser Legislaturperiode 90.000 Plätze haben, Frau Asch,

(Beifall von FDP und CDU)

90.000 Plätze dort, wo Sie etwas über 10.000 hinterlassen haben.

(Beifall von Christian Lindner [FDP])

Sehen Sie sich das Tempo an, in dem wir in einer Legislaturperiode den U3-Ausbau betreiben! Wenn wir Ihr eigenes Tempo der letzten zehn Jahre zugrunde legen würden, dann hätten wir in diesem Jahrhundert noch nicht den Ausbau erreicht, den wir Ende dieser Legislaturperiode erreichen werden! Das ist die Wahrheit!

(Beifall von FDP und CDU)

Das Tempo des Ausbaus können Sie gerne einmal in Rechnung stellen.

Unter 3 % Versorgungsquote haben Sie hinterlassen! Schlusslicht in ganz Deutschland! Wir haben bereits die erste Steigerungshürde von 11.000 auf 16.000 Plätze genommen. Wir werden in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass wir bei den Zwei- bis Dreijährigen 40 % Bedarfsdeckung haben. Von diesen Zahlen haben Sie zu Zeiten Ihrer Regierung auch nicht ansatzweise träumen können!

Deshalb glaube ich, wir haben uns hier überhaupt nichts vorzuwerfen. Selbstverständlich nehmen wir die zusätzlichen Hilfen des Bundes gerne an. Aber wir leisten einen eigenen Beitrag, den man von Ihnen nicht kennt, den man auch nicht in den Jahren rot-grüner Bundespolitik kannte, als wir über das Tagesbetreuungsausbaugesetz diskutiert haben. Damals hatten Sie nämlich keine Ziele für Nordrhein-Westfalen. Die damals zuständige Ministerin Ute Schäfer hat immer nur ganz vage formuliert, was man sich alles vorstellen könnte, wenn der Bund bestimmte Voraussetzungen erfüllte. Nur: Passiert ist eben nichts! Sie haben einen Hartz-IV-Segen in Aussicht gestellt, der leider ausblieb. Ganz im Gegenteil: Es gab mehr Belastungen für die Kommunen und keine Verbesserungen.

Wir handeln! Wir steigern die Ausgaben von 860 Millionen € auf über 1 Milliarde € in dieser Legislaturperiode. Sie finden kein anderes Bundesland in ganz Deutschland, das so konsequent handelt und dafür so viel Geld in die Hand nimmt. Denn uns in Nordrhein-Westfalen sind Kinder und Bildung etwas wert – weit mehr als Ihnen früher!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Ralf Witzel (FDP): Ich erwarte, dass Sie das heute anerkennen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Herr Minister Laschet hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur auf drei fachlich-sachliche Bemerkungen eingehen, um klarzustellen, was wir eigentlich für den Ausbau der Betreuung unternehmen. Herr Kollege Witzel hat das gerade hinsichtlich des Tempos des Ausbaus schon beschrieben.

Frau Asch hat heute Morgen in das KiBiz hineingeschaut, das jetzt auf Ihrem Schreibtisch liegt, und hat gesehen:

(Zuruf von der SPD)

Die Planungsdaten für die Kinder unter drei Jahren sind weiterhin beschränkt. In der Tat! Wir haben auch nie etwas anderes gesagt. Nur Sie konstruieren immer neue Gegensätze. Wir haben von Anfang an, mit dem Koalitionsvertrag, gesagt: Wir wollen auf 20 % Plätze kommen. Das passiert stückweise Jahr für Jahr. Wir machen das so transparent, dass Sie im Gesetz nachlesen können: 2008 sind es 34.000, 2009 sind es 42.000, 2010 sind es 66.500. Dazu wächst die Kindertagespflege, sodass man bei einer Zahl von 90.000 landet.

So etwas hat es in diesem Land noch nie gegeben –

(Beifall von der FDP)

dass nämlich eine Landesregierung dem Landtag, der Öffentlichkeit und den Verbänden klipp und klar aufzeigt, wie die Ziele für 2008, 2009, 2010 sind und wie viel Geld es dafür gibt. Sie fragt: Kommt Ihr damit klar? – Antwort: Ja, damit kommen wir klar. Deshalb haben wir einen Konsens gemacht und das alles unterschrieben. – Solche

Transparenz und Klarheit bis auf den letzten Platz für unter Dreijährige hat es noch nie gegeben!

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Zweiten sagen Sie: Jetzt haben Sie das gedeckelt; jeder einzelne Platz muss jetzt gedeckelt werden. – Wissen Sie denn, wie das beim alten GTK war? Warum schaffen wir denn das GTK ab?

(Britta Altenkamp [SPD]: Das frage ich mich auch die ganze Zeit! – Weitere Zurufe von Andrea Asch [GRÜNE] und von der CDU)

– Frau Asch, Sie wissen haargenau, dass jeder Platz, den ein Jugendamt beantragt hat, kostenneutral hergestellt werden musste. Ich glaube: Der tiefere Grund, warum Sie so schlechte Resultate hinterlassen haben,

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

war, dass es so teuer und so kompliziert war. Das machen wir jetzt einfacher. Insofern ist das der klarere, bessere und transparentere Weg für Eltern, Träger, Kommunen und Verbände.

(Beifall von der CDU – Ein Mitglied des Landtag meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Was gibt es denn? Eine Frage?

Vizepräsident Edgar Moron: Es gibt in der aktuellen Stunde keine Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ach so.

Zweitens. Die Frage ist, was sich hier geändert hat. Es gab den Vorwurf, wir hätten nicht umgesetzt, was im Konsens stand. – Im Konsensverfahren haben wir uns darauf verständigt, bestimmte Gruppenformen einzurichten: 25 % Betreuung/25 Stunden, 50 % Betreuung/35 Stunden, 25 % Betreuung/45 Stunden. Daraus haben wir die benötigte Summe errechnet. Diese Summe beträgt 959 Millionen € im Jahre 2008. Das war das Ergebnis des Konsenses. Er wurde 1:1 umgesetzt. Das ist sogar eine realistische Schätzung, weil heute ca. 15 % 45-Stunden-Gruppen besuchen. Mit 25 % sind wir eigentlich auf der sicheren Seite. Die Träger glaubten das auch; sonst hätten wir uns nicht auf diese Zahlen verständigt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Jetzt wenden die Kommunen ein: Was ist aber, wenn die Eltern völlig anders buchen? Das war die Sorge der Kommunen. Sie befürchteten, dann auf ihrem Anteil sitzen zu bleiben.

(Britta Altenkamp [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Das geht leider in der Aktuellen Stunde nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber ich darf mich melden, Herr Minister Laschet!)

– Ja, Sie dürfen nur winken. Mehr geht leider nicht.

(Heiterkeit)

Am Montag dieser Woche – dafür möchte ich dem Finanzminister ausdrücklich danken – haben wir geregelt, dass die Kommunen auf den Kosten, falls Eltern anders buchen, nicht sitzen bleiben. Wir bieten jetzt nämlich mehr an, als der Konsens umfasste. Falls Eltern völlig anders buchen, bieten wir an, dass das Land über die zugesagte Summe hinaus den Kommunen zur Seite stehen wird. Das ist der wesentliche Fortschritt. Sie haben zwar am Dienstag in Ihrer Presseerklärung noch Kritik geübt, aber am Montag ist dieses Problem bereits ausgeräumt worden.

Es gibt eine Deckelung bei den Plätzen, aber es gibt keine Deckelung bei den Betreuungszeiten. Das ist die wichtige zweite Botschaft.

Drittens. Nur zum Abschluss, denn wir werden noch eine KiBiz-Debatte führen: Die sozialen Brennpunkte stehen auch wieder im Gesetz. Bevor Sie am Dienstag Ihre Kritik publik gemacht haben, war es vom Kabinett bereits um 15 Uhr beschlossen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn ich es vorher gehabt hätte, hätte ich es nicht kritisiert, Herr Laschet!)

– Was heißt: Wenn ich es vorher gehabt hätte? Man schreibt doch keine Presseerklärung und kommentiert ein Gesetz, das um 15 Uhr beschlossen wird, und weist darauf hin, was alles nicht enthalten ist, ohne es zu kennen! Opposition braucht auch Handwerk, wenn sie wieder an die Regierung will!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Sie hätten ja einen Tag warten können. Dann hätten Sie am nächsten Tag sagen können: alles Mist! Oder heute Morgen. Frau Asch hat es ja schon gelesen. Das Gesetz ist da; man hat doch noch ein halbes Jahr Zeit zu diskutieren.

(Carina Gödecke [SPD]: Das Gesetz ist heute Vormittag gekommen!)

Aber man muss doch nicht, wenn ein Kabinett um 15 Uhr beschließt, um 15:01 Uhr verkünden: Alles

ist schlecht! Ihre gesamte Oppositionsarbeit zeigt: Egal, was wir beschließen, in Ihren Augen ist alles schlecht! Stellen Sie sich einmal vor, ich hätte einen Rechtsanspruch in den Gesetzentwurf geschrieben. Dann hätten sie uns um 15:01 Uhr beschimpft, obwohl Sie eigentlich Weihrauch hätten herausholen müssen.

(Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

So kann man keine Oppositionspolitik machen.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht so zimperlich, Herr Minister! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Was heißt: „Nicht so zimperlich“? Die Öffentlichkeit ist interessiert, ob Sie nach zwei Jahren wieder in der Lage sind, wieder Regierung zu sein. Wenn Sie nicht einmal Texte lesen können, sind Sie nicht in der Lage, wieder Regierung zu sein – so einfach ist das.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN: Unverschämtheit!)

– Was heißt: „Unverschämtheit“? Man kann doch in einem politischen Streit erwarten, dass sich die jeweils andere Seite einen Text erst anschaut und dann sagt, ob sie etwas richtig oder falsch findet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben erst heute Morgen das Gesetz bekommen, Herr Minister!)

– Aber, Frau Kraft, vielleicht äußern Sie sich einmal.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass Sie sich dann äußern, wenn Sie Texte kennen, und nicht prophylaktisch etwas kritisieren, ohne zu wissen, was im Text steht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Das wäre ein Fortschritt in der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Außerdem hat die CDU-Fraktion Vorschläge gemacht. Nebenbei: Die hat den Text vorher auch nicht bekommen. Aber wenn zu vernehmen ist, dass Frau Altenkamp behauptet, das und das sei nicht wahr, dann ruft natürlich Frau Kastner als Sprecherin der Fraktion ihren Minister an und sagt: Eigentlich hatten wir verabredet, dass das und das nachgebessert wird. Das ist geschehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Insofern war Frau Kastner in dieser Sekunde schneller. Sie, Frau Altenkamp, hätten mich auch anrufen können, dann hätte ich Ihnen das auch gesagt.

(Lachen von der SPD)

Dann hätten Sie uns nicht kritisieren müssen. Ich denke, die KiBiz-Debatte steht uns noch bevor.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist wie mit dem Callcenter! Da müssen Sie die richtige Nummer wählen! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Ich freue mich auf intensive Diskussionen, Frau Walsken, auf Grundlagen von Texten, von Haushaltszahlen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Dann kommen wir auch zu guten Ergebnissen für die Kinder im Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Minister, wir wollen eines von vornherein klarstellen. Wir haben das Gesetz heute Vormittag im Zuge dieser Debatte – es war um 10:36 Uhr in meinem Postfach – bekommen. Ich bin sehr wohl in der Lage, Texte zu lesen. Wir sind sehr wohl in der Lage, Texte zu lesen,

(Gisela Walsken [SPD]: Wir verstehen sie sogar!)

wenn wir sie denn bekommen.

Der Punkt ist nur, dass wir Ihrer dürren Pressemitteilung nach den Beratungen im Kabinett überhaupt nicht entnehmen konnten, wann und wie Sie bestimmte Dinge geregelt haben.

Sie werden es nicht glauben: Es gibt Journalisten, die fragen, wenn Sie mit Ihren dürren Pressemitteilungen kommen, die Opposition: Wie findet Ihr das?

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Gute Journalisten!)

Unsere Pressemitteilung war eine Reaktion auf Ihre äußerst vielsagende Pressemitteilung. Vor dem Hintergrund kann ich den ganzen Vorwurf nur zurückreichen. Wenn Sie vernünftig informieren, dann wird die Opposition auch nicht gefragt, was sie dazu sagt. So aber kann sie nur zu den

Dingen Stellung nehmen, die Sie aufgezogen haben,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und die waren eben so, wie sie sind.

Jetzt will ich Ihnen noch eine Sache mit auf den Weg geben. Ich finde, einer der konsequentesten Menschen, der im Augenblick in diesem Landtag sitzt, sind Sie selber.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das stimmt!)

Denn eines steht absolut fest: Dass Sie sich hier so für dieses Betreuungsgeld in die Kurve werfen, findet sich im KiBiz wieder. Denn Sie haben bis jetzt nicht begriffen, dass Öffnungszeiten und für die Eltern buchbare Betreuungszeiten unmittelbar mit dem Geldbeutel der Eltern zusammenhängen. Das erleben wir gerade permanent in den Städten, die Elternbeitragssatzungen ändern müssen, weil die Bezirksregierungen über Ihren Innenminister aufgefordert worden sind, die Elternbeitragssatzung zu ändern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es entsteht dadurch der Effekt, dass Eltern, die jetzt 25 Stunden Betreuungszeit buchen können, mit Blick auf ihren Geldbeutel entscheiden, wie lange ein Kind eine Kindertageseinrichtung besucht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Genau!)

Die Eltern, die 2013 das Betreuungsgeld erhalten, werden dann entscheiden, ob ihr Kind überhaupt in eine Kindertageseinrichtung geht.

(Minister Armin Laschet: Das ist wahr!)

Denn dafür, dass das Kind die Kindertageseinrichtung nicht besucht, bekommen sie einen Zuschuss. Es ist das Problem, Herr Laschet, dass Sie nicht erkennen, dass sich Ihre Maßnahmen gerade für Eltern, die wirklich sehr massiv rechnen müssen und knapp bei Kasse sind, so wie beschrieben auswirken werden.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht! Die zahlen doch gar nichts!)

Sie müssen entscheiden, ob ihr Kind eine Kindertageseinrichtung, also eine Bildungseinrichtung, besucht, und legen damit schon ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes fest, ob es im Bildungsprozess gute oder schlechte Chancen hat. So sieht die Situation aus.

Erschwerend tritt hinzu, dass diejenigen zukünftig einen Zuschuss erhalten sollen, die ihr Kind nicht

in eine Kindertageseinrichtung schicken. Das ist das sozial Ungerechte daran.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber darin sind Sie in Ihrem KiBiz absolut konsequent. Deshalb spreche ich Ihnen Konsequenz nicht ab. Sie diskutieren hier sehr konsequent, nämlich an den Bedürfnissen der Kinder vorbei und für Chancenungleichheit in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Einen letzten Hinweis möchte ich Ihnen geben. Die Frage, ob Sie den Konsens eingehalten haben oder nicht, ist für mich überhaupt nicht entscheidend, weil ich als Opposition mit Ihnen keinen Konsens eingegangen bin.

Es entsteht allerdings kein Kinderbildungsgesetz, bloß weil Sie es so nennen. Das 35 Jahre alte GTK, „Ihrer-kleinen-Laus-Kinderbildungsgesetz“ genannt, ist dem, was Sie vorgelegt haben, in der Frage des Bildungsanspruchs, also in dem, was Kinder in dem Alter tatsächlich an Bildung brauchen, und in dem Bildungsansatz, um Längen überlegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was Sie vorgelegt haben, ist ein Finanzierungsgesetz à la bonne heure. Nur dadurch, dass Sie es Kinderbildungsgesetz nennen, wird es noch kein Bildungsgesetz. Es ist das ganze Gegenteil. Es ist ein schlecht finanziertes Gesetz, und es ist nach wie vor sehr schwierig zu verstehen, wie die Strukturen tatsächlich sind. Übrigens: Zu mehr Transparenz wird es an der Stelle nicht führen. Denn die Verfahren, die Sie mittlerweile auf den Weg geben, haben mit Entbürokratisierung, was mal der Hauptgrund Ihres ganzen Vorgehens war, tatsächlich nichts mehr zu tun.

Die Debatte werden wir noch führen. Nur eines sage ich Ihnen: Warum Sie letztlich ein neues Gesetz machen wollen, das ist einzig und allein dem Dialog zwischen Ihren beiden Ohren zu entnehmen. Hier im Land hat mit dem Blick auf das, was Sie jetzt vorgelegt haben, niemand ein Bedürfnis, aus dem GTK ein KiBiz zu machen, weil jeder weiß, dass man sich damit in der Frage, was Bildung im frühkindlichen Alter tatsächlich bedeutet, verschlechtert. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Milz das Wort.

Andrea Milz (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrtes Publikum! Ich kann Sie nur willkommen heißen auf dem Basar zur Familienpolitik im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Sie sehen zur Rechten die Händler von FDP und CDU. Die bieten Ihnen Äpfel, Birnen, Kirschen, Erdbeeren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Steine!)

Sie sehen zur Linken die Händler der Opposition, genannt SPD und Grüne. Da bekommen Sie wunderschön verpackte Wasserpfeifen, Räucherstäbchen, Glitzerwerk.

Sie und natürlich wir alle müssen uns entscheiden: Was verbirgt sich dahinter?

(Gisela Walsken [SPD]: Hören Sie doch zu!)

Wenn ich sage, hier habe ich die Verkäufer der alten klassischen Angebote, dessen, was man bei uns unter einem „gesunden Angebot“, einem Korb Obst, versteht, verbirgt sich dahinter eine Verlässlichkeit, die wir durch Handeln und nicht durch Versprechungen herbeiführen.

(Beifall von der CDU)

Dahinter verbirgt sich Geld für Sprachförderung, was hier immer negiert wird, als wäre das selbstverständlich. Dahinter verbergen sich neue Angebote wie unsere Familienzentren, die es bisher nicht gegeben hat und bei denen wir mit unseren Ideen in Deutschland sicherlich führend sind. Dahinter verbirgt sich nicht ein Pseudorechtsanspruch, sondern dahinter verbergen sich reale Plätze für Kinder unter drei Jahren, von denen Eltern etwas haben, nämlich Wahlfreiheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie Wasserpfeifen und Räucherstäbchen ausgepackt und genossen haben – es mag ein kurzfristiger Genuss sein; der Nebel und die Schwaden sind wunderbar –, dann bleibt ein Häufchen Asche zurück. Das sind genau die Forderungen der Opposition. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Aktuellen Stunde nicht vor. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Teilhabe gewährleisten – Konsequenzen aus der Sozialberichterstattung ziehen